

Falsche Zahlen in den Unterlagen

Nach dem schon einige Behauptungen seitens der Initianten nicht standhielten, nun das nächste Kapitel in diesem Verwirrspiel. Es geht um die Summe der Taggelder, die von der Wirtschaft in die Familienausgleichskasse (FAK) verlagert würden und dann für Familienzulagen fehlen. Deshalb ist die Gesamtsumme, die die FAK an die Wirtschaft bezahlen müsste, für die Familien von grosser Bedeutung.

Die Initianten beziffern die Kosten für das Mutterschaftstaggeld mit 6,5 Mio. Franken. Das Gegenkomitee behauptete, die sind höher. Jetzt die Bestätigung: Dr. Peter Wolff, ehem. AHV- und FAK-Aufsichtsratspräsident, spricht im 1FLTV von 8 Mio. Franken für Mutterschaftstaggelder. Somit müssten bis in zehn Jahren die Familien auf rund 80 Mio. verzichten! Auch der Staat möchte sich aus der Verantwortung zu nehmen. Gesellschaftsminister Pedrazzini hat schon angekündigt, etwas zu machen, damit der Staat nicht zum Handkuss

kommt, wenn die Initiative durchgeht! Mit einem NEIN in die Urne erhält die Wirtschaft keinen Zugriff auf die Familienzulagen-Reserven, diese bleiben den Familien erhalten.

Sie müssen Nein ankreuzen, wenn sie nicht wollen:

1. dass für junge Mütter die FAK Mutterschaftstaggeldversicherung später beginnt;

2. dass in Liechtenstein selbstständig erwerbende Frauen kein Taggeld für Mutterschaft erhalten würden jedoch Beiträge zahlen müssten, aber umgekehrt Grenzgänger keinen Beitrag (Lohnabzug) für Mutterschaftstaggeld mehr zahlen müssten, aber trotzdem Taggeld für Mutterschaft in gleicher Höhe wie heute erhalten würden;

3. dass die allein erziehende Mutter, die in Liechtenstein wohnt, hier Steuern bezahlt und ennet dem Rhein arbeitet, keine Subvention für die Kita erhält;

4. dass für die Grenzgängerin die Kita jedoch subventioniert würde, obwohl sie nicht hier wohnt und keine Steuern bezahlt;

5. dass mit den Reserven für Familienzulagen in den nächs-

ten 10 Jahren 80 Mio. Franken Löhne an die Wirtschaft rückvergütet werden;

6. dass Grossfirmen mit Familiengeld subventioniert werden, obwohl sie nie danach verlangt haben;

7. dass Kleinfamilien mit Doppelverdienst die Betreuung der Kinder subventioniert wird, hingegen der Grossfamilie, in der die Mutter im Haushalt ausgelastet ist und deshalb nur ein Verdienst da ist, nichts bekommt.

Wenn sie einfach nicht schlüssig, hin und her gerissen sind, im Zweifelsfall Nein! Mit Nein bleibt das Geld in der Familienausgleichskasse den Familien erhalten.

**Herbert Elkuch, Landtagsabgeordneter
Platte 44, Schellenberg**